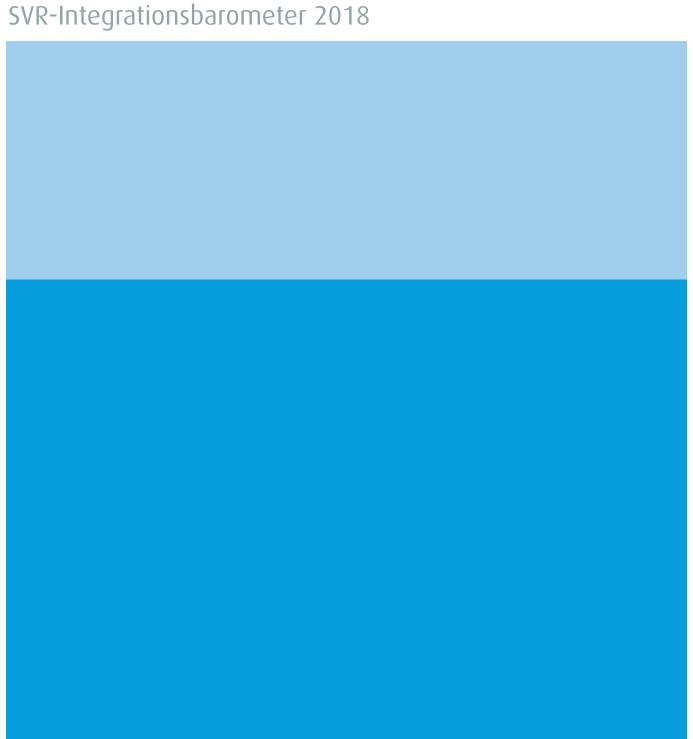
Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland



SVR-Bericht 2018-1

Das SVR-Integrationsbarometer wurde gefördert von der Stiftung Mercator



Inhalt

Zu	ısam	menfassung	4			
1	Das	SVR-Integrationsbarometer	6			
2	Der	SVR-Integrationsklima-Index 2018	6			
	2.1		10			
	2.2					
		sind pessimistischer	11			
3	Zur	Akzeptanz von Flüchtlingen	13			
	3.1	Wahrnehmung verschiedener Zuwanderungsgruppen: 'gute alte' werden 'den Neuen' gegenübergestellt				
	3.2	Haltung zu Flüchtlingen: Mehrheit sieht Wohlstand nicht bedroht, ist weiterhin bedingt				
	3.3	aufnahmebereit Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler: Woher kommt die Skepsis in Bezug	17			
	3.3	auf Flüchtlinge?	20			
1	Dor	Weg in die multikulturelle Leistungsgesellschaft:				
4			22			
	dui	die Leistung (der Eltern) kommt es an	22			
5	Кор	Kopftuch in Schulen und Behörden: Betroffene stimmen zu, Nichtmuslime				
	sino	d zurückhaltend	2 4			
6	Faz	it	26			
Li	terat	Ur	28			
Αı		g				
		ildungsverzeichnis				
		ellenverzeichnis				
	Verz	eichnis der Info-Boxeneichnis der Info-Boxen	29			

Das Wichtigste in Kürze

- Das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft wird überwiegend positiv wahrgenommen.
 Diese Bewertung ist erstaunlich stabil sofern kulturelle Vielfalt im Alltag erfahren wird. Eingetrübt hat sich das Integrationsklima in den Jahren 2016 und 2017 dort, wo der Integrationsalltag nicht persönlich erlebt werden konnte. In den Einschätzungen zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Ost und West. Auch dieser lässt sich weitgehend durch die Häufigkeit des Kontakts erklären.
- Bei Menschen ohne Migrationshintergrund oder mit einem Migrationshintergrund aus der EU ist der SVR-Integrationsklima-Index gegenüber der Befragung von 2015 leicht gesunken. Bei den Türkeistämmigen ist er gestiegen.
- Die Haltungen zu Flüchtlingen sind weitestgehend positiv. Die meisten Befragten (mit wie ohne Migrationshintergrund) sind im Grundsatz weiterhin dafür, Flüchtlinge aufzunehmen. Gleichzeitig meint jedoch auch die Mehrheit, dass der Zuzug von Flüchtlingen begrenzt werden muss.
- Für die Unterbringung und Verteilung der Flüchtlinge sind die Kommunen zuständig. Ihre Arbeit in diesem Bereich wird überwiegend positiv beurteilt.
- Ob es Muslimas in Schulen und Behörden erlaubt sein soll, ein Kopftuch zu tragen, ist weiterhin umstritten. Muslimische Zuwanderer und Zuwanderinnen sind überwiegend dafür. Die Mehrheitsbevölkerung dagegen sieht das besonders an Schulen kritisch.

Zusammenfassung

Das SVR-Integrationsbarometer misst das Integrationsklima in Deutschland. Die Auflage von 2018 ist die zweite Erhebung, die bundesweit repräsentativ ist. Sie zeigt: Auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft bleibt das Integrationsklima gemessen an der Befragung von 2015 weitestgehend stabil. Das Integrationsbarometer ist repräsentativ für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, ebenso für Spät-/Ausgesiedelte, Türkeistämmige und Menschen mit einem Migrationshintergrund aus der EU oder der "übrigen Welt".

Für Menschen ohne Migrationshintergrund hat sich das Integrationsklima geringfügig verschlechtert: Der Integrationsklima-Index (IKI) betrug im Jahr 2015 65,4 Punkte, 2017/18 ist er auf 63,8 Punkte gesunken. Damit bleibt er aber deutlich über dem Wert von 50, also im positiven Bereich. Kaum Unterschiede gibt es bei Menschen, die viel Kontakt zu Menschen mit Migrations-

hintergrund haben: Anhand ihrer Alltagserfahrungen bewerten sie das Integrationsklima unverändert positiv. Vor allem Menschen ohne Migrationshintergrund, die persönlich kaum oder gar nicht mit kultureller Vielfalt in Kontakt kommen, sehen das Integrationsgeschehen dagegen im Vergleich zu 2015 pessimistischer. Das gilt besonders für den Osten Deutschlands. Zudem sind Männer insgesamt skeptischer als Frauen.

Türkeistämmige bewerten das Integrationsklima 2017/18 optimistischer als 2015. Dagegen sind Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der EU pessimistischer als vor zwei Jahren. Vor allem jene aus den westlichen EU-Staaten beurteilen das Integrationsgeschehen etwas schlechter. Spät-/Ausgesiedelte und Personen mit einem Migrationshintergrund aus der "übrigen Welt" bewerten das Integrationsklima nahezu unverändert.

Weitere Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers 2018:

- Die Haltungen zu Flüchtlingen sind überwiegend positiv. In allen Herkunftsgruppen geht die Mehrheit davon aus, dass Flüchtlinge Deutschland kulturell wie wirtschaftlich bereichern. Entsprechend meint nur ein kleiner Teil der Befragten, dass Flüchtlinge den Wohlstand in Deutschland bedrohen.
- Am häufigsten sehen Spät-/Ausgesiedelte Flüchtlinge als Bedrohung für den Wohlstand: 2017/18 sind es mit rund 45 Prozent ähnlich viele wie 2015 (etwa 47 %). Am zuversichtlichsten ist die Mehrheitsbevölkerung: Nur etwa 28 Prozent dieser Gruppe sehen aktuell den Wohlstand bedroht (2015: etwa 29 %).
- Beim Thema Kriminalität sind die Meinungen gespalten: Fast die Hälfte der Befragten ohne Migrationshintergrund glaubt, dass Flüchtlinge die Kriminalität erhöhen. Ähnlich ist das Bild bei den Türkeistämmigen und den Menschen mit einem Migrationshintergrund aus der EU und der "übrigen Welt". Von den Spät-/Ausgesiedelten meinen das dagegen über zwei Drittel.
- Die Befragten ohne Migrationshintergrund sind zu 60 Prozent dafür, weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen, auch wenn Deutschland das einzige Aufnahmeland in der EU wäre. Bei den Zuwanderergruppen schwanken die Werte: Am höchsten ist die Zustimmung bei den Türkeistämmigen, hier liegt sie noch etwas höher als bei der Mehrheitsbevölkerung. Deutlich zurückhaltender sind die Spät-/ Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler: Hier ist die Mehrheit dagegen. Befragte mit einem Migrationshintergrund aus der EU und der "übrigen Welt" liegen mit rund 52 bzw. 57 Prozent dazwischen.
- In allen Herkunftsgruppen ist die Mehrheit der Befragten dafür, den Flüchtlingszuzug im Umfang zu begrenzen. Nur die Türkeistämmigen sind in dieser Frage gespalten.
- Mit der Unterbringung und Verteilung der Flüchtlinge durch die Kommunen ist die Mehrheit der Bevölkerung zufrieden. Dabei unterscheiden sich die Bewertungen regional: Im Süden Deutschlands beurteilen acht von zehn Befragten ohne Migrationshintergrund die Arbeit der Kommunen in diesem Bereich als gut; in den Stadtstaaten tun das

- nur etwa fünf von zehn. Auch in den ostdeutschen Flächenländern ist die Mehrheitsbevölkerung skeptischer. Menschen mit Migrationshintergrund bewerten die Arbeit der Kommunen in den Stadtstaaten etwas besser als Befragte ohne Migrationshintergrund, im Süden etwas schlechter.
- Gefragt wurde auch danach, welche Faktoren wichtig sind, um in Deutschland Erfolg zu haben. Hier ergibt sich folgendes Bild: Erfolgreich sein können in Deutschland grundsätzlich alle, die etwas leisten. Wichtig für Erfolg (im weitesten Sinne) ist nicht Abstammung, sondern Begabung, Intelligenz und Bildung. Diese dem Selbstverständnis einer "Leistungsgesellschaft" entsprechenden Faktoren werden allerdings durch die soziale Herkunft eingeschränkt: Diesen Faktor bewerten je nach Herkunftsgruppe zwischen 63 und 77 Prozent der Befragten als wichtig.

Weiterhin wurde erhoben, wie die Frage des Kopftuchs in Schulen und Behörden bewertet wird.

- Bezogen auf Schule hängt das Antwortverhalten eng mit der Religionszugehörigkeit zusammen:
 Von den muslimischen Befragten – unabhängig von der Herkunft – sind rund acht von zehn dafür, dass muslimische Lehrerinnen in Schulen ein Kopftuch tragen dürfen. Christliche Befragte mit Migrationshintergrund sind hier skeptischer: Nur rund 41 Prozent finden, dass das Kopftuch erlaubt sein sollte. Bei Zuwanderergruppen ohne Religionszugehörigkeit sind die Meinungen gespalten: Sie sind jeweils zur Hälfte dafür und dagegen. Die Befragten der Mehrheitsbevölkerung lehnen das Kopftuch an Schulen mit rund 58 Prozent überwiegend ab.
- Beim Kopftuch in der Behörde sind die nichtmuslimischen Befragten weniger skeptisch. Aber auch hier sind die Meinungen gespalten: Das Kopftuch gestatten würden rund 52 Prozent der Mehrheitsbevölkerung, etwa 47 Prozent der Spät-/Ausgesiedelten, 79 Prozent der Türkeistämmigen, 51 Prozent der EU-Zuwanderer und EU-Zuwanderinnen und etwa 61 Prozent derer aus der "übrigen Welt".
- Erstmals wurde auch die Sicht kopftuchtragender Muslimas erfasst: Diese sprechen sich mit überwältigender Mehrheit dafür aus, das Kopftuch in Behörden und Schulen zu erlauben.

1 Das SVR-Integrationsbarometer

Das SVR-Integrationsbarometer (IB) misst das Integrationsklima in der Einwanderungsgesellschaft. Es erhebt Einschätzungen und Erwartungen der Bevölkerung zu Themen, die mit Integration und Migration zusammenhängen. Das Besondere am Integrationsbarometer ist, dass es beide Seiten zu ihrer Wahrnehmung des Integrationsklimas befragt, also sowohl die Mehrheits- als auch die Zuwanderungsbevölkerung (Info-Box 1). Das Integrationsbarometer setzt wechselnde Schwerpunkte und beleuchtet verschiedene Facetten der Einwanderungsgesellschaft. Sein zentraler Bestandteil ist der Integrationsklima-Index (IKI). Dieser ermittelt für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund¹ persönliche Erfahrungen und Einschätzungen in vier Bereichen, die für Integration zentral sind: Arbeit, Bildung, soziale Beziehungen und Nachbarschaft. Der IKI erfasst Integrationsprozesse also dort, wo sie tatsächlich stattfinden, er fängt nicht etwa tagesaktuelle und allgemeine Stimmungen ein.

Daneben greift das Integrationsbarometer wechselnde Aspekte aus der öffentlichen Integrations- und Migrationsdebatte auf. So erfasst die aktuelle Auflage neben den verschiedenen Bereichen des IKI (s. Kap. 2) auch Haltungen zu den kürzlich eingewanderten Flüchtlingen (s. Kap. 3) und zu der Frage, welche Kriterien wichtig sind, um in Deutschland erfolgreich zu sein (s. Kap. 4). Zuletzt befasst sich das Integrationsbarometer mit der Frage, ob bzw. inwieweit kopftuchtragende Muslimas in Schulen und Behörden akzeptiert werden (s. Kap. 5).

2 Der SVR-Integrationsklima-Index 2018

Der SVR-Integrationsklima-Index bildet im Kern das Zusammenleben in verschiedenen Bereichen der Ein-

wanderungsgesellschaft ab; er ist damit ein empirischer Gradmesser für die Qualität des Integrationsgeschehens. Dabei versucht er möglichst alle Blickwinkel und Erfahrungswerte abzubilden. Über ein mehrstufiges Verfahren wird erfasst, wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft in verschiedenen Teilbereichen bewerten, nämlich Arbeitsmarkt, Nachbarschaft, soziale Beziehungen und Bildungssystem. Für jeden Bereich wird im ersten Schritt erhoben, welche Erfahrungen die Befragten mit ethnischer Vielfalt gemacht haben. Im zweiten Schritt wird ermittelt, inwieweit sie bestimmten allgemein formulierten Normen zum Umgang mit kultureller Vielfalt zustimmen. Anschließend werden die Teilnehmenden danach gefragt, wie sie angesichts der ethnischen Vielfalt die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Bereiche einschätzen. Schließlich wird erfasst, wie Menschen sich in verschiedenen Situationen verhalten würden, die von kultureller Vielfalt bestimmt sind.2

Diese Vorgehensweise berücksichtigt, dass die Integrationsrealitäten in den verschiedenen Bereichen voneinander abweichen können, und erlaubt entsprechend differenzierte Aussagen zum Integrationsalltag. Die Angaben der Befragten werden zunächst für jeden Teilbereich zu Durchschnittswerten zusammengefasst; auf diese Weise entstehen vier Teilindizes. Diese werden anschließend zusammengelegt und gehen zu gleichen Teilen in den allgemeinen SVR-Integrationsklima-Index (IKI) ein.³ Der IKI wird auf einer Skala von 0 bis 100 abgebildet. Je höher der Wert ist, desto besser wird das Integrationsklima eingeschätzt. Dabei bedeuten Werte über 50 eine tendenziell positive, Werte unter 50 eine tendenziell negative Wahrnehmung.

Das Integrationsbarometer erfasst auf die beschriebene Weise das Integrationsklima für die gesamte Gesellschaft, das der IKI abbildet. Zu bedenken ist, dass nicht alle Menschen mit allen Bereichen gleichermaßen

¹ Die Begriffe "Menschen mit Migrationshintergrund" und "Zuwanderer und Zuwanderinnen" werden im Folgenden synonym verwendet. Als "Zugewanderte" bezeichnet der SVR Zuwanderer und Zuwanderinnen der ersten Generation. Für eine ausführliche Definition s. www.svr-migration.de/glossar/#Migrationshintergrund.

² So wurden z. B. für den Bildungsbereich folgende Aussagen und Fragen vorgelegt: "Deutsche Schüler und Schüler mit Migrationshintergrund werden bei gleicher Schulleistung gleich benotet" (Norm); "In Schulen mit vielen Migrantenkindern lernen alle Schüler weniger" (Leistungsfähigkeit); "Würden Sie Ihr Kind an einer Schule mit hohem Migrantenanteil anmelden?" (Verhaltenstendenz). Die Befragten konnten jeweils ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer vierstufigen Skala angeben.

³ In den IKI fließen insgesamt sechzehn Fragen ein. Für eine Darstellung aller Fragen s. den Methodenbericht zum SVR-Integrationsbarometer 2018 unter www.svr-migration.de/publikationen/IB2018.

Info-Box 1 Methodische Anmerkungen zum SVR-Integrationsbarometer

Für die aktuelle Erhebung wurden zwischen Juli 2017 und Januar 2018 insgesamt 9.298 Personen bundesweit interviewt. Davon waren 2.720 Personen ohne Migrationshintergrund, 1.438 Spät-/Aussiedler und Spät-/Aussiedlerinnen, 1.479 Türkeistämmige, 1.532 Zuwanderer und Zuwanderinnen aus einem EU-Land und 1.760 Personen mit einem Migrationshintergrund aus der "übrigen Welt". Zusätzlich wurden 369 Flüchtlinge aus ausgewählten Ländern interviewt, die ab 2014 nach Deutschland eingereist waren.

Im Auftrag der jeweiligen Landesministerien bzw. der Senatsverwaltung, die für Integration zuständig sind, wurden in den Bundesländern Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen überproportional viele Personen befragt, um Analysen auf Bundesländerebene vornehmen zu können. Die Gebiete mit überdurchschnittlich vielen Befragten werden bei Auswertungen auf Bundesebene entsprechend heruntergewichtet, um die Regionen zueinander ins richtige Verhältnis zu setzen. Die Gruppe der Zuwanderer und Zuwanderinnen wurde so gewichtet, dass das Verhältnis dem in der Bevölkerung entspricht. Zudem wurde jede Herkunftsgruppe für sich an die tatsächlichen Verhältnisse in der Gesamtbevölkerung angepasst. Dies geschah anhand ausgewählter soziodemografischer Merkmale (u. a. Bildung, Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus) auf der Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus. Die Ergebnisse sind damit repräsentativ für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund, aber auch für alle Herkunftsgruppen.

Die Befragung wurde telefonisch durchgeführt, und zwar über Mobil- und Festnetznummern. Hierfür wurde der Telefonnummernpool des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. genutzt. In jedem Haushalt wurde eine mindestens 15-jährige Person befragt, die nach dem *Last Birthday*-Verfahren zufällig ausgewählt wurde. Zweisprachige Interviewer und Interviewerinnen führten die Befragung auf Deutsch, Englisch, Türkisch, Russisch, Farsi und Arabisch durch. Die Fragebögen wurden in jeder Sprache einem umfangreichen kognitiven Pretest unterzogen und anschließend unter Feldbedingungen getestet. Die Befragung wurde von der BIK Aschpurwis + Behrens GmbH durchgeführt. Ein umfassender Methodenbericht ist auf der SVR-Website abrufbar.⁵

in Kontakt kommen, somit haben auch nicht alle persönliche Erfahrungen damit. Rentnerinnen und Rentner oder Schülerinnen und Schüler haben beispielsweise nur begrenzt Einblick in den Arbeitsmarkt. Trotzdem werden ihre Einschätzungen zu diesen Bereichen in den IKI einbezogen. Denn das Integrationsklima in der Gesellschaft insgesamt wird nicht nur von denen geprägt, die sich in allen Bereichen aktiv beteiligen. Auch Wahrnehmungen und Meinungen, die auf Hörensagen beruhen (z. B. aus dem Freundeskreis oder den Medien) und sich nicht auf persönliche Erfahrungen mit kultureller Vielfalt stützen, können in einer vielfältigen Gesellschaft den öffentlichen Diskurs beeinflussen.

Seit der ersten Auflage des SVR-Integrationsbarometers im Jahr 2010 lautet die Grundbotschaft unverändert: Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund bewerten das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft insgesamt positiv. Auch das aktuelle Integrationsbarometer 2018 bestätigt diesen zentralen Befund (Abb. 1). Der IKI liegt für Personen ohne Migrationshintergrund insgesamt bei 63,8 Punkten; bei Personen mit Migrationshintergrund ist er mit 68,9 etwas höher. Damit haben sich die Werte zwar gegenüber der Befragung von 2015 (65,4 bzw. 69,0)6 etwas verschlechtert, aber deutlich weniger, als die öffentliche Debatte erwarten ließ. In allen Herkunfts-

⁴ Die Flüchtlinge erhielten einen gesonderten Fragebogen, dessen Inhalte sich in weiten Teilen vom Hauptfragebogen unterscheiden. Befunde aus dieser Flüchtlingsbefragung werden in einer eigenen Publikation vorgelegt.

⁵ S. hierzu www.svr-migration.de/publikationen/IB2018.

⁶ Die Ergebnisse des Integrationsbarometers 2016 wurden nach der Publikation des Jahresgutachtens 2016 angepasst, weil die Gewichtungsgrundlagen für die Befragten mit Migrationshintergrund neu berechnet wurden. Dadurch entsprechen die hier aufgeführten Werte für die Befragung von 2015 nicht ganz denen, die im Jahresgutachten 2016 angegeben sind. Die dort getroffenen Aussagen bleiben aber gültig.

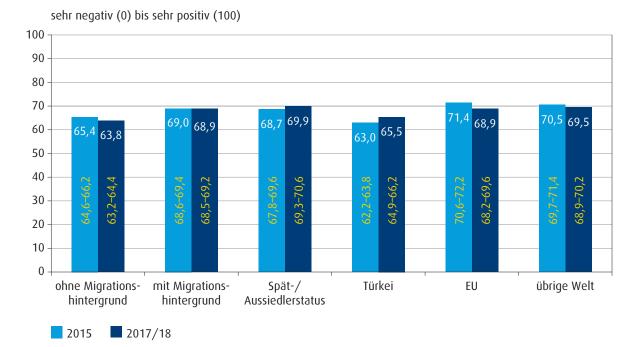


Abb. 1 SVR-Integrationsklima-Index (IKI) 2015 und 2017/18 (nach Herkunftsgruppen der Befragten)

Anmerkung: Signifikante Veränderungen gegenüber der Befragung von 2015 ergeben sich bei den Menschen ohne Migrationshintergrund, den Türkeistämmigen und den Menschen mit einem Migrationshintergrund aus der EU. Die gelben Zahlenwerte geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an. Die Konfidenzintervalle geben allgemein die bei jeder Stichprobe aufgrund von Messfehlern bestehenden Schätzunsicherheiten wieder. So lag z. B. der IKI für Personen ohne Migrationshintergrund 2015 auf der Basis des berechneten Modells mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zwischen 64,6 und 66,2. 2017/18 liegt er mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zwischen 63,2 und 64,4. Überschneiden sich die Intervalle nicht, kann mit großer Wahrscheinlichkeit von einer unterschiedlichen Wahrnehmung des Integrationsklimas ausgegangen werden. Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016 und 2018; gewichtete Daten?

gruppen liegt der IKI deutlich über der Grenzmarke von 50 Punkten und ist damit wie in den Vorjahren im positiven Bereich. Am niedrigsten ist der IKI-Wert dieses Jahr mit rund 64 Punkten bei den Befragten ohne Migrationshintergrund. Etwas besser bewerten die Türkeistämmigen das Integrationsgeschehen, ihr IKI liegt bei 65,5 Punkten. Die anderen Herkunftsgruppen liegen mit Werten von rund 69 (EU) bzw. 70 ("übrige Welt" und Spät-/Ausgesiedelte) sehr nahe beieinander. Mit maximal 6 IKI-Punkten sind die Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen auch insgesamt nicht sehr groß.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse des SVR-Integrationsbarometers 2016 war, dass Unterschiede bei der Bewertung des Integrationsklimas im Wesentlichen auf wenige Faktoren zurückzuführen sind: Wie Menschen das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft einschätzen, wird beeinflusst vom Bildungsniveau, erlebter Diskriminierung und vor

allem der Erfahrung mit kultureller Vielfalt (vgl. SVR 2016). Diese Befunde wurden durch die Neuauflage des Barometers bestätigt.

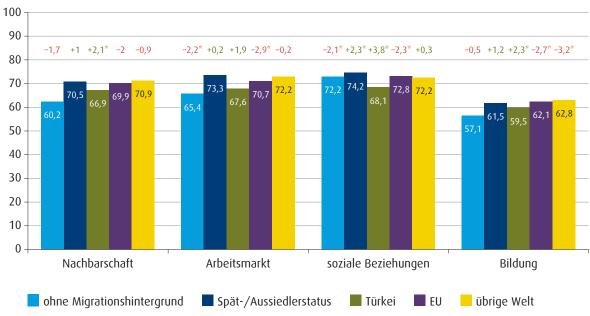
So schätzen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund das Integrationsgeschehen umso positiver ein, je mehr Kontakt sie mit kultureller Vielfalt haben (z. B. im Freundeskreis, in der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz). Mit steigender Bildung beurteilen sie das Integrationsklima optimistischer, bei erlebter Diskriminierung pessimistischer. Berücksichtigt man das Bildungsniveau, die Intensität des Kontakts mit kultureller Vielfalt und die Benachteiligungserfahrungen – die je nach Herkunftsgruppe unterschiedlich verteilt sind –, ist in den IKI-Werten 2017/18 nur der Unterschied zwischen Menschen ohne Migrationshintergrund und den übrigen Herkunftsgruppen signifikant.

Da das Studiendesign der SVR-Integrationsbarometer 2016 und 2018 das gleiche war, bilden die beiden

⁷ In den Abbildungen werden jeweils die Jahre angegeben, in denen die Befragungen stattgefunden haben.

Abb. 2 Integrationsklima in den Teilbereichen 2017/18 (nach Herkunftsgruppen der Befragten)





Anmerkung: Die Zahl über den Balken zeigt die Veränderungen gegenüber dem IKI 2015 an. Sofern die Veränderung statistisch signifikant ist, wurde sie mit * gekennzeichnet.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016 und 2018; gewichtete Daten

nun die erste bundesweit repräsentative Zeitreihe einer Integrationsklima-Aufzeichnung.⁸ Gegenüber dem IKI von 2015 haben sich die Werte bei den Menschen ohne Migrationshintergrund leicht (aber statistisch signifikant⁹) verschlechtert. Bei jenen mit Migrationshintergrund zeigt sich in der Gesamtbetrachtung zunächst keine Veränderung. Eine Aufschlüsselung nach Herkunftsgruppen macht aber kleinere Veränderungen gegenüber 2015 deutlich: Gestiegen ist der IKI bei Spät-/Ausgesiedelten und Türkeistämmigen. Bei EU-Zuwanderinnen und EU-Zuwanderern ist er hingegen gesunken, während er sich bei Menschen mit einem Migrationshintergrund aus der "übrigen Welt" kaum verändert hat. Die Unterschiede zwischen den beiden Erhebungen sind aber insgesamt eher gering: Mit rund 2,5 Punkten hat sich der IKI bei den Türkeistämmigen am stärksten verbessert; bei der Herkunftsgruppe EU hat er sich im gleichen Maß verschlechtert. Signifikant

ist die Veränderung neben der Mehrheitsbevölkerung nur bei diesen beiden Gruppen. Bei den anderen Herkunftsgruppen sind die Unterschiede kleiner (und nicht signifikant). In den einzelnen Teilbereichen des IKI (also z. B. Bildung, Arbeitsmarkt) sind die Schwankungen ebenfalls verhältnismäßig gering (Abb. 2).

In den Teilbereichen zeigen sich gegenüber 2015 weder Einbrüche noch deutliche Steigerungen. Die Unterschiede in den Einschätzungen liegen meist zwischen 2 und 3 IKI-Punkten und in keinem Fall über 4 IKI-Punkten. Wenig verändert hat sich auch die Gesamteinschätzung der Teilbereiche: Nach wie vor wird der Bildungsbereich am kritischsten beurteilt. Innerhalb dieses Teilbereichs fällt auf, dass erneut die Leistungsfähigkeit von Schulen mit einem hohen Migrantenanteil am schlechtesten eingeschätzt wird (vgl. SVR 2016: 32). Rund die Hälfte der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund meint nach wie vor, dass kulturelle Vielfalt

⁸ Das SVR-Integrationsbarometer 2016 wurde im Frühjahr/Sommer 2015 erhoben, das Integrationsbarometer 2018 von Sommer 2017 bis Januar 2018. Entsprechend wird im Folgenden vom IKI für 2015 bzw. für 2017/18 gesprochen.

⁹ Als signifikant gelten Veränderungen dann, wenn sie nicht zufällig entstanden sein können, wenn sie also mit einer hohen Wahrscheinlichkeit (mindestens 95 %) nicht nur in der Stichprobe stattgefunden haben, sondern in der gesamten Bevölkerung.

die Lernleistung der Schülerinnen und Schüler beeinträchtigt. Am positivsten werden wie schon in den Vorjahren die sozialen Beziehungen eingeschätzt. Ob bei der Arbeit, im persönlichen Umfeld, in der Schule oder in der Nachbarschaft – die Erfahrung mit kultureller Vielfalt bzw. mit der Mehrheitsgesellschaft bewertet eine deutliche Mehrheit positiv.

2.1 Der IKI der Zuwanderungsbevölkerung: an der Bildung scheiden sich die Geister

Wie bereits angesprochen, ist das Integrationsklima gruppenübergreifend stabil. Trotzdem können sich die Werte bei den verschiedenen Herkunftsgruppen auch deutlich verschoben haben. Generell können die einzelnen Gruppen bestimmte Bereiche in der aktuellen Erhebung positiver bewertet haben als im vorigen Barometer und gleichzeitig andere negativer, ohne dass sich dies im Gesamtindex widerspiegelt. Daneben können messbare Veränderungen des IKI alle Bereiche betreffen, sie können sich aber auch auf einzelne Bereiche beschränken (oder auf mehrere, z. B. Bildung und Nachbarschaft). Oder die Unterschiede können darauf zurückgehen, dass bestimmte Untergruppen das Integrationsklima positiver oder negativer wahrnehmen – mögliche Kategorien sind hier z. B. das Geschlecht oder die Zuwanderergeneration. Selbstredend ist auch eine Kombination der genannten Faktoren denkbar. Für die nachfolgend dargestellten Analysen wurden daher alle Herkunftsgruppen genauer untersucht.

Bei den Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern geht der geringfügige Anstieg des IKI (von rund 69 auf 70 Punkte) größtenteils auf zwei der insgesamt sechzehn Fragen zurück: Zum einen bewerten die Befragten das nachbarschaftliche Zusammenleben positiver als im IB von vor zwei Jahren; zum anderen glauben aktuell weniger Befragte dieser Gruppe, dass Migrantenkinder in Schulen benachteiligt werden. Während 2015 noch rund 71 Prozent meinten, dass Mehrheits- und Zuwanderungsbevölkerung sich innerhalb der Nachbarschaft gegenseitig helfen, waren es 2017/18 rund 80 Prozent. Ähnlich groß ist der Unterschied zwischen den beiden

Erhebungen bei der Einschätzung schulischer Diskriminierung: 2015 gingen etwa 32 Prozent der Spät-/Ausgesiedelten davon aus, dass Migrantenkinder bei gleicher Leistung schlechter beurteilt würden; 2017/18 waren es nur rund 22 Prozent.

Bei den Türkeistämmigen sticht ebenfalls an zwei Stellen eine Veränderung gegenüber der vorigen Befragung heraus, nämlich bei der Lernleistung in ethnisch gemischten Schulklassen und der Stabilität persönlicher Beziehungen zu Menschen ohne Migrationshintergrund. So erklärten 2015 noch rund 54 Prozent der Befragten aus dieser Herkunftsgruppe, dass ethnische Vielfalt den Lernerfolg beeinträchtige; 2017/18 stimmten hingegen nur rund 46 Prozent dieser Aussage zu. Noch stärker verändert hat sich die geschätzte Verlässlichkeit von Freundschaftsbeziehungen: 2015 beurteilten rund 45 Prozent der Befragten ihre freundschaftlichen Beziehungen zu Menschen ohne Migrationshintergrund als wenig verlässlich. 2017 taten das nur etwa 32 Prozent. Allein die positivere Beurteilung der interethnischen Freundschaftsbeziehungen hat den IKI um etwa einen halben Punkt gesteigert.

Bei der Herkunftsgruppe EU lässt sich das Absinken des IKI um insgesamt 2,5 Punkte oberflächlich betrachtet nicht an einzelnen Fragen festmachen: In allen Bereichen (Arbeitsmarkt, Bildung, soziale Beziehungen und Nachbarschaft) ist der IKI gegenüber der vorigen Erhebung um 2 bis 3 Punkte gesunken. Bei näherer Betrachtung wird zunächst deutlich, dass der gefallene IKI vor allem Personen mit eigener Migrationsgeschichte betrifft: Für die erste Zuwanderergeneration liegt der IKI-Wert in der aktuellen Erhebung bei 68,5 und damit rund 3 Punkte niedriger als 2015. Bei der zweiten Zuwanderergeneration hat sich hingegen nichts verändert: Der IKI hat bei den in Deutschland Geborenen 2017/18 genauso wie 2015 einen Durchschnittswert von rund 72 Punkten. Unterteilt man die erste Zuwanderergeneration in ost- und westeuropäische Herkunft, wird deutlich, dass der IKI nur bei Zugewanderten aus westeuropäischen Staaten gesunken ist. 10 2015 beurteilten Zugewanderte aus Westeuropa das Integrationsgeschehen mit rund 73 IKI-Punkten deutlich optimistischer als Zugewanderte aus Osteuropa

¹⁰ Den osteuropäischen Staaten wurden folgende EU-Länder zugerechnet: Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. Entsprechend gehören alle anderen EU-Länder zu den westeuropäischen Staaten.

(rund 68 IKI-Punkte). Diese beiden Gruppen haben sich 2017/18 angenähert und liegen nun beide bei rund 69 IKI-Punkten. Am deutlichsten ist diese Veränderung im Teilbereich Bildung: Für diesen betrug der Durchschnittswert bei den Zugewanderten aus Westeuropa 2015 rund 68 Punkte und 2017/18 rund 58 Punkte.¹¹

Eher geringfügig sind die Veränderungen bei Personen mit einem Migrationshintergrund aus der "übrigen Welt". Die größten Verschiebungen finden sich bei den Befragten dieser Herkunftsgruppe im Teilbereich Bildung. Anders als die Türkeistämmigen beurteilen sie die Lernleistung in Schulklassen mit hohem Migrantenanteil schlechter: 2015 meinte mit rund 57 Prozent die Mehrheit von ihnen, dass kulturelle Vielfalt das Lernen nicht behindere. 2017/18 sind es nur noch rund 45 Prozent.

2.2 Der IKI der Mehrheitsbevölkerung: Männer und Befragte ohne Kontakt zu Vielfalt sind pessimistischer

Dass die Befragten ohne Migrationshintergrund das Integrationsgeschehen 2017/18 etwas schlechter beurteilen als 2015, lässt sich auf zwei Gruppen zurückführen: Ostdeutsche und männliche Befragte. ¹² Ein Ost-West-Unterschied zeigte sich bereits 2015; mit rund 4 IKI-Punkten war er allerdings moderat. Ein Unterschied zwischen Männern und Frauen ist hingegen 2017/18 erstmals festzustellen.

Männer sind pessimistischer als Frauen

Bei den männlichen Befragten beträgt der IKI in der aktuellen Ausgabe rund 61, bei den weiblichen Befragten rund 67. Diese Abweichung ist nicht mit anderen Faktoren zu erklären, etwa einer unterschiedlichen Zusammensetzung der beiden Gruppen in Bezug auf Bildung. Die größere Skepsis der Männer beschränkt sich zudem nicht auf einzelne Bereiche, sondern betrifft alle Ebenen. In einigen Bereichen sind die Unterschiede nach Geschlecht aber besonders

deutlich. Das gilt z. B. für den Bildungsbereich: Rund 56 Prozent der Frauen glauben nicht, dass eine ethnisch gemischte Schülerschaft die Leistungsfähigkeit von Schulen beeinträchtigt; exakt derselbe Anteil der Männer unterstellt dagegen einen solchen Effekt. Ein ähnliches Muster zeigt sich auch bei den Erfahrungen: Rund 27 Prozent der Männer berichten, sie hätten an der Schule ihrer Kinder mit kultureller Vielfalt sehr schlechte oder eher schlechte Erfahrungen gemacht; von den Frauen tun dies nur etwa 15 Prozent. Und Frauen sind mit rund 59 Prozent auch eher als Männer (rund 51 %) dazu bereit, die eigenen Kinder an einer ethnisch gemischten Schule anzumelden. Einig ist man sich im Teilbereich Bildung bei der Wahrnehmung von (Un-)Gleichbehandlung: Rund 73 Prozent der Männer und etwa 75 Prozent der Frauen gehen davon aus, dass Lehrkräfte ihre Schülerinnen und Schüler gleich beurteilen, unabhängig von einer etwaigen Migrationsgeschichte.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede, die das IB hier deutlich macht, entsprechen einer Tendenz, die in der einschlägigen Literatur wiederholt nachgewiesen wurde. Zuletzt zeigten Jacobsen, Eisnecker und Schupp (2017) anhand von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für das Jahr 2016, dass Frauen die Folgen der Fluchtzuwanderung positiver beurteilen und sich insgesamt häufiger als Männer für Flüchtlinge engagieren. Allerdings war der Unterschied dabei eher klein. Interessanterweise zeigt sich der geschlechtsspezifische Unterschied nur im westdeutschen Befragungsgebiet; in Ostdeutschland ist keine signifikante Abweichung festzustellen.

Integrationspessimismus im Osten?

Die Mehrheitsbevölkerung in Ostdeutschland sieht das Integrationsgeschehen negativer als die in Westdeutschland. Dies zeigte sich 2015 in einer Differenz von 4 IKI-Punkten; der Unterschied war also eher moderat. 2017/18 ist er dagegen auf rund 11 IKI-Punkte deutlich gestiegen: Die westdeutschen Befragten liegen bei etwa 66, die ostdeutschen bei rund 55 IKI-

¹¹ Zu beachten ist, dass die Ergebnisse bei kleineren Fallzahlen stärker schwanken. Generell wird im vorliegenden Bericht kein Befund genannt, der auf einer Fallzahl von unter 150 basiert. Die Fallzahlen zu den hier berichteten Ergebnissen lauten (jeweils ungewichtet): EU-Zugewanderte der ersten Generation aus westeuropäischen Staaten 2015: 268; 2017/18: 399; EU-Zugewanderte der ersten Generation aus osteuropäischen Staaten 2015: 667; 2017/18: 922.

¹² Bei der Gegenüberstellung von Ost und West wurde Berlin den westdeutschen Bundesländern zugerechnet.

Punkten. Dieser Unterschied bleibt auch bestehen, wenn man sozioökonomische Variablen berücksichtigt. Er lässt sich – wie bereits 2015 – größtenteils damit erklären, dass die Befragten in Ost und West unterschiedlich viel Erfahrung mit kultureller Vielfalt haben. Kontakt mit Zuwanderinnen und Zuwanderern im persönlichen Umfeld wirkt generell positiv auf alle Teilbereiche des IKI und ist einer der wichtigsten Faktoren für den Abbau von Vorurteilen. ¹³ Die Befragten in Ostdeutschland haben im Durchschnitt seltener Kontakt als im Westen; dies wirkt sich entsprechend negativ auf das Integrationsklima aus.

Tab. 1 Integrationsklima-Index der Befragten ohne Migrationshintergrund 2017/18 nach Häufigkeit des Kontakts zu kultureller Vielfalt im Freundes- und Bekanntenkreis

	Westen	Osten
kein Kontakt	51,4	46,5
selten	64,1	54,1
gelegentlich	66,2	60,3
oft/sehr oft	72,1	68,6

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

Eine Aufschlüsselung des IKI nach Kontakthäufigkeit verdeutlicht: Die Intensität des Kontakts zu kultureller Vielfalt hängt eng damit zusammen, wie das Integrationsgeschehen allgemein eingeschätzt wird (Tab. 1). Ostdeutsche, die in ihrem Bekanntenkreis keinerlei Berührungspunkte mit Zuwanderern und Zuwanderinnen haben, liegen unter der entscheidenden Grenzmarke von 50 IKI-Punkten, d. h. sie beurteilen das Integrationsgeschehen insgesamt negativ. Be-

stehen hingegen intensive Kontakte zu Personen mit Migrationshintergrund, sind die Unterschiede zwischen Ost und West mit rund 3 IKI-Punkten gering.

Der gesunkene Integrationsoptimismus im Osten geht vor allem auf Personen zurück, die im persönlichen Umfeld wenig oder gar keinen Kontakt zu Zuwanderern und Zuwanderinnen haben. 14 Die Eintrübung des Integrationsklimas bei dieser Gruppe ist signifikant, und sie ist bundesweit festzustellen. Beispielsweise hatten Befragte ohne jeglichen Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund 2015 einen IKI von rund 60 Punkten. 2017/18 ist dieser Wert auf 49 IKI-Punkte abgesackt. Befragte mit sehr häufigen Kontakten hatten dagegen 2015 einen IKI-Wert von rund 71, aktuell liegt er bei etwa 73. Zu einem "Ost-Effekt" wird dieser zunehmende Unterschied der Meinungen zwischen Personen mit und ohne Kontakt zu Zuwanderinnen und Zuwanderern dadurch, dass reichhaltige eigene Erfahrungen im Umgang mit ethnischer Vielfalt in Ostdeutschland (anders als im Westen¹⁵) eher die Ausnahme als die Regel sind (Abb. 3).

Angesichts dieser Ergebnisse ist es kaum zulässig, allgemein von einem ostdeutschen Integrationspessimismus zu sprechen. Zwar erklären die sozialen Kontakte die Unterschiede zwischen Ost und West nicht vollständig. Der Anteil, der sich damit nicht erklären lässt, ist jedoch so gering, dass von einem grundsätzlichen Ost-West-Gefälle oder unterschiedlichen "Klimazonen" keineswegs gesprochen werden kann. 16 Die Botschaft lautet daher: Eingetrübt hat sich das Integrationsklima hauptsächlich dort, wo Menschen keine persönlichen Erfahrungen mit kultureller Vielfalt haben und Integration stärker "von außen" beurteilen (d. h. auf der Basis politischer oder medialer Debatten). Dieser Befund gilt für Ost und West gleichermaßen. 17

¹³ Innerhalb der Forschung gibt es keinen Zweifel darüber, dass soziale Kontakte grundlegend wichtig sind, um Vorurteile gegen Gruppen abzubauen, die als fremd und andersartig empfunden werden (s. Pettigrew et al. 2011: 275; Pettigrew/Tropp 2006: 766; Jonas 1998).

¹⁴ Für das Jahr 2015 werden die Daten nicht nach Kontaktintensität aufgeschlüsselt, weil die Fallzahlen für Ostdeutschland bei dieser Befragung zu niedrig sind (n = 254).

¹⁵ Beispielsweise geben etwa vier von zehn Ostdeutschen an, dass sie in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis gar keinen Kontakt zu Zuwanderern und Zuwanderinnen haben. Im Westen sind es nur rund 17 Prozent. Dass die unterschiedlichen Kontaktintensitäten die Ost-West-Differenzen erklären können, wurde bereits in früheren Studien gezeigt (vgl. Weins 2011).

¹⁶ Möglicherweise hängt der Unterschied im Integrationsklima auch damit zusammen, wie die Befragten die wirtschaftliche Situation einschätzen. Dies wurde im SVR-Integrationsbarometer nicht erhoben.

¹⁷ Jacobsen, Eisnecker und Schupp (2017) sowie Sola (2018) stellen ebenfalls fest, dass die Sorge um Zuwanderung in Ostdeutschland höher ist. Sie haben jedoch nicht untersucht, ob die Ost-West-Differenz mit unterschiedlicher Kontaktintensität zu erklären ist.

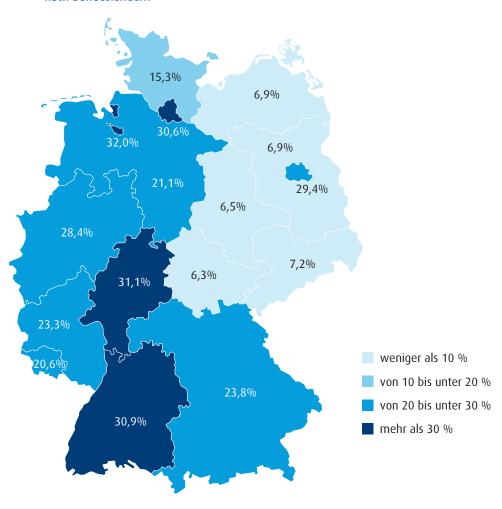


Abb. 3 Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung nach Bundesländern

Quelle: Statistisches Bundesamt 2018, eigene Berechnungen

3 Zur Akzeptanz von Flüchtlingen

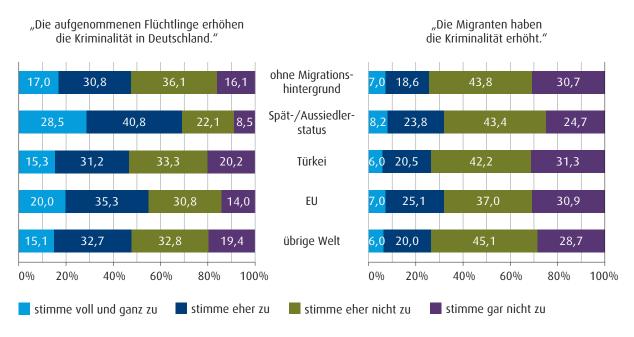
Die migrations- und integrationspolitischen Diskussionen der letzten Jahre waren sehr stark vom Flüchtlingszuzug bestimmt, der in den Jahren 2015/16 massiv gestiegen ist. Seitdem erheben einschlägige Studien Haltungen und Einstellungen zu verschiedenen Aspekten des Flüchtlingszuzugs (vgl. z. B. DIW 2016; Ehni 2016; Bertelsmann 2017). Das SVR-Integrationsbarometer geht 2018 erstmals detailliert auf diese Zuwanderungsgruppe ein. Dabei ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass das Antwortverhalten der Befragten jeweils durch tagesaktuelle Ereignisse überlagert sein kann. Die lange Befragungszeit des Barometers ist in

dieser Hinsicht ein Vorteil: "Meinungsausschläge", die auf Ereignisse im Zusammenhang mit Flüchtlingen und ihre mediale Aufbereitung folgen, können die Ergebnisse kaum beeinflussen (Info-Box 1). Das im Folgenden gezeichnete Stimmungsbild entspricht somit eher dem, was im Alltag erlebt wird.

3.1 Wahrnehmung verschiedener Zuwanderungsgruppen: 'gute alte' werden 'den Neuen' gegenübergestellt

Migrationshistoriker und -historikerinnen haben darauf hingewiesen, dass es in der Wahrnehmung von

Abb. 4 Gegenüberstellung von Flüchtlingen und früheren Zuwandererkohorten: Kriminalität (nach Herkunftsgruppen der Befragten)

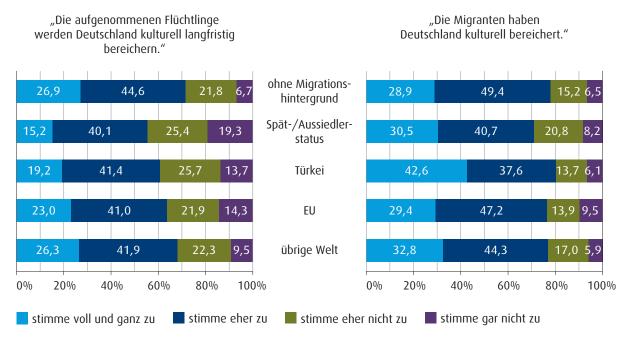


Zugewanderten ein konstantes Muster gibt (s. z. B. Lucassen 2005). Dieses Muster lässt sich zugespitzt zusammenfassen mit "Den Letzten beißen die Hunde". Das heißt: Die Zuwanderergruppe, die jeweils zuletzt eingereist ist, wird grundsätzlich negativer wahrgenommen als die zuvor Gekommenen, während diese im Ansehen steigen. Dieses Phänomen untersucht auch das Integrationsbarometer: Es vergleicht Einstellungen zu Flüchtlingen mit denen zu früheren Zuwanderergruppen. Dabei bezieht es sich auf die drei Aspekte Sicherheit, Wirtschaft und Identität, die in jeder Migrationsdebatte im Mittelpunkt stehen (vgl. Rosenblum/Wayne 2012). Abgefragt wird entsprechend, ob Zuwanderer und Zuwanderinnen die Kriminalität erhöhen, inwieweit sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes fördern und ob Zuwanderung das Land kulturell bereichert. Um die Einstellungen zu den ,neuen' und den ,alten' Migranten und Migrantinnen vergleichen zu können, wurden in der Befragung zunächst die Haltungen zu Flüchtlingen erhoben. Dann lenkte ein Hinführungstext den Blick auf "seit einigen Jahrzehnten in Deutschland lebende Migranten sowie ihre Nachfahren"; anschließend wurden die gleichen Fragen mit Bezug auf die neue Kategorie - (vor längerer Zeit eingewanderte) Migrantinnen und Migranten – erneut gestellt.

Gespaltene Meinungen beim Anstieg der Kriminalität durch Flüchtlinge

Zum Thema Flüchtlingskriminalität ist das Meinungsbild nicht eindeutig. Bei den Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern ist die Mehrheit überzeugt, dass der Flüchtlingszuzug die Kriminalität erhöht. Ansonsten ist die Bevölkerung in dieser Frage unentschieden (Abb. 4). Dieses "Unentschieden" in Bezug auf Flüchtlingskriminalität bildet einen deutlichen Gegensatz zum klaren und stabilen Bild zu der Kriminalität von Migrantinnen und Migranten allgemein: Über alle Herkunftsgruppen hinweg meinen etwa sieben von zehn Befragten, dass die Kriminalität durch die Zuwanderung nicht gestiegen sei. Für die Befragten mit Migrationshintergrund erscheint dieses Ergebnis (wie auch das in den folgenden Kategorien) vielleicht zunächst wenig überraschend. Schließlich beziehen sich die Einschätzungen auf die eigene Vergangenheit bzw. die anderer Menschen, die ebenfalls zugewandert sind. Und wenn man voraussetzt, dass die Befragten sich mit der eigenen Gruppe identifizieren, ist erwartbar, dass sie

Abb. 5 Gegenüberstellung von Flüchtlingen und früheren Zuwandererkohorten: kulturelle Bereicherung (nach Herkunftsgruppen der Befragten)



diese Gruppe positiv sehen; damit unterstellen sie ihr höchstwahrscheinlich auch insgesamt eine geringe Kriminalitätsneigung. Interessanterweise liegen die Einschätzungen der Befragten mit Migrationshintergrund aber sehr nahe an denen der Mehrheitsbevölkerung.

Dies verweist auf einen allgemeingültigen Mechanismus in der Wahrnehmung von Integration, der auch für andere Bereiche des menschlichen Lebens gilt: Anfängliche Befürchtungen werden schrittweise abgebaut; alles Neue und Unbekannte verliert mit der Zeit seinen Schrecken.

Die Mehrheit sieht Flüchtlinge als kulturelle und wirtschaftliche Bereicherung

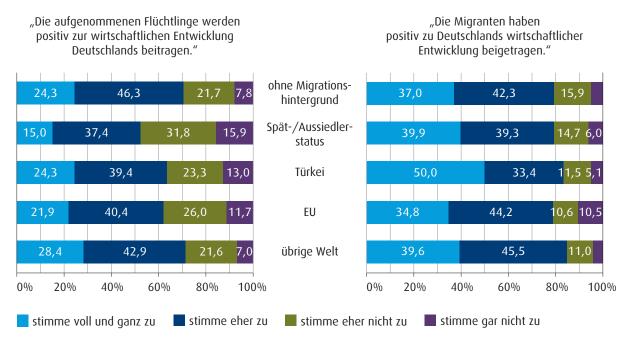
Auch bei der Frage, ob Zuwanderung Deutschland kulturell bereichert, ist das Bild von den 'Alt-Zugewanderten' positiver als das der Neuankömmlinge. Dabei überwiegen aber bei beiden Gruppen die positiven Einschätzungen (Abb. 5): In allen Herkunftsgruppen geht eine Mehrheit der Befragten davon aus, dass Zuwanderung das Land langfristig kulturell bereichert.

Ähnlich sind die Antwortmuster bei der Frage, wie sich Zuwanderung auf die wirtschaftliche Leistungsfä-

higkeit des Landes auswirkt. Auch hier sind die Einschätzungen grundsätzlich positiv. Unterschiede zwischen Flüchtlingen und Migranten und Migrantinnen allgemein liegen vor allem im Ausmaß (Abb. 6). So meinen von den Menschen ohne Migrationshintergrund fast 80 Prozent, dass Zuwanderergruppen, die schon lange in Deutschland leben, zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes beigetragen haben. Bei den Flüchtlingen erwarten das immerhin über 70 Prozent. Auch hier sind die Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler im Hinblick auf die Flüchtlinge deutlich skeptischer.

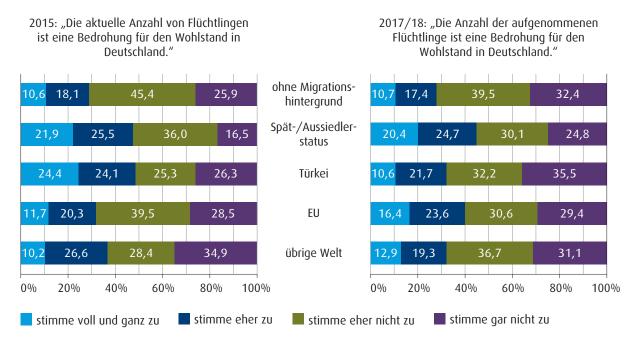
Erwerbsarbeit ist sehr wichtig dafür, inwieweit die Gesamtbevölkerung Migrantinnen und Migranten akzeptiert. Dieser Befund deckt sich mit vorliegenden wissenschaftlichen Ergebnissen. Schon frühere Integrationsbarometer haben gezeigt, dass es stets (vor allem hoch qualifizierte) Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten sind, die besonders willkommen geheißen werden (vgl. SVR 2014: 39). Arbeit ist neben Sprachkenntnissen das entscheidende Kriterium der Zugehörigkeit zur Gesellschaft in Deutschland – nicht etwa Kriterien wie der Geburtsort, die Religionszuge-

Abb. 6 Gegenüberstellung von Flüchtlingen und früheren Zuwandererkohorten: wirtschaftliche Bereicherung (nach Herkunftsgruppen der Befragten)



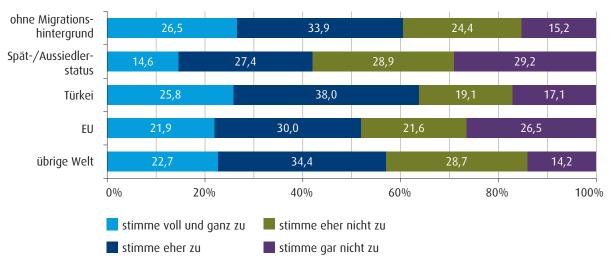
Anmerkung: Anteile unter 5 Prozent sind nicht ausgewiesen. Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

Abb. 7 Anzahl von Flüchtlingen: Bedrohung für den Wohlstand 2015 und 2017/18 (nach Herkunftsgruppen der Befragten)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016 und 2018; gewichtete Daten $\,$

Abb. 8 "Auch wenn andere EU-Länder keine Flüchtlinge hineinlassen wollen, sollte Deutschland weiterhin Flüchtlinge aufnehmen." (nach Herkunftsgruppen der Befragten)



hörigkeit oder die Staatsangehörigkeit (vgl. SVR 2016: 34). Die Frage, was die Flüchtlinge zur deutschen Wirtschaft beitragen, bezieht sich somit nicht nur auf den möglichen Anschluss an den Arbeitsmarkt. Vielmehr hängt sie auch eng damit zusammen, inwieweit die neu Zugewanderten akzeptiert werden.

3.2 Haltung zu Flüchtlingen: Mehrheit sieht Wohlstand nicht bedroht, ist weiterhin bedingt aufnahmebereit

Seit die Flüchtlingszuwanderung im Herbst 2015 ihren Höhepunkt erreicht hat, ist nicht zuletzt politisch viel passiert: Zahlreiche Gesetze wurden geändert, und das Thema wurde politisch wie medial fast in einer Art Endlosschleife diskutiert. Es ist also interessant zu sehen, ob sich die Einstellungen zu Flüchtlingen seit dem Herbst 2015 verändert haben und ob die Bevölkerung trotz des hohen Flüchtlingszuzugs bereit ist, weiter Flüchtlinge aufzunehmen.

Um den ersten Punkt zu untersuchen, wurde aus dem IB 2015 die Frage übernommen, ob die Flüchtlinge den Wohlstand in Deutschland bedrohen. 2018 wurde sie in leicht abgewandelter Form erneut gestellt.¹⁸

In den Medien wird über Flüchtlingszuwanderung derzeit (wieder) sehr zugespitzt diskutiert. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Ergebnisse in Abb. 7 überraschend: Es gibt keinen klaren Trend, die Flüchtlinge zunehmend als Gefahr für den Wohlstand zu sehen.

"Ja, aber …": zögerliche Zustimmung zu weiterer Flüchtlingsaufnahme

Von den Befragten ohne Migrationshintergrund sind fast 60 Prozent dafür, weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen, selbst wenn Deutschland dies als einziges EU-Land tut (Abb. 8). Bei den Zuwanderergruppen schwanken die Werte: Am höchsten ist die Zustimmung bei den Türkeistämmigen – sie ist sogar noch etwas höher als bei der Mehrheitsbevölkerung. Deutlich reservierter sind die Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler: Sie sind in der Mehrheit dagegen, weitere

^{18 2015} wurde nach der "aktuellen Anzahl von Flüchtlingen" gefragt. 2017/18 bezog sich die Frage auf die "Anzahl der aufgenommenen Flüchtlinge". Die Befragten sollten nun also nicht bewerten, ob die derzeit Einreisenden den Wohlstand gefährden, sondern ob die in Deutschland lebenden Flüchtlinge insgesamt dies tun.

ohne Migrations-27,7 29,7 20,9 hintergrund Spät-/Aussiedler-43,4 23,2 18,9 14,5 status Türkei 28,6 24,0 30,5 25,5 EU 21,2 27,7 36,1 21,8 14,4 übrige Welt 0% 20% 40% 60% 80% 100% stimme voll und ganz zu stimme eher nicht zu stimme eher zu stimme gar nicht zu

Abb. 9 "Die Höhe der Asylzuwanderung wird durch das Gesetz nicht begrenzt. Dies sollte geändert und eine Obergrenze für Flüchtlinge eingeführt werden." (nach Herkunftsgruppen der Befragten)

Flüchtlinge aufzunehmen (womöglich als einziges EU-Land). Die Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der EU oder der "übrigen Welt" liegen mit rund 52 bzw. 57 Prozent dazwischen.

Diese grundsätzliche Bereitschaft, weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen, ist allerdings nicht gleichbedeutend mit unbegrenzter Solidarität. Denn die Mehrheit der Befragten ist zugleich dafür, den Flüchtlingszuzug im Umfang zu begrenzen (Abb. 9). Nur von den Türkeistämmigen möchte eine knappe Mehrheit keine solche Beschränkung. Diese doppelte Abweichung vom Antwortverhalten der Mehrheitsauffassung (bei der Flüchtlingsaufnahme allgemein und in Bezug auf ihren Umfang) könnte mit der Situation in der Türkei zusammenhängen. Laut UNHCR (2018) lebten in der Türkei im Jahr 2017 über 3 Millionen Flüchtlinge. Zum Vergleich: In Deutschland stellten 2015 und 2016 1,16 Millionen Personen einen Asylantrag (laut Asylgeschäftsstatistik des BAMF). Diese Befragten kennen also vermutlich die Verhältnisse in einem Land, das durch Asyl und Flucht deutlich stärker belastet ist. Das mildert womöglich den Eindruck, dass der Flüchtlingszuzug für Deutschland eine außergewöhnliche Belastung ist.

Gutes Zeugnis für die Behörden bei der Unterbringung Die Unterbringung der kürzlich eingewanderten Flüchtlinge war für alle Beteiligten ein Kraftakt. Sie erforderte eine Eigenschaft, die nicht gerade als 'typisch deutsch' gilt: Flexibilität für effektive und vor allem schnelle Lösungen. 19 Zum Zeitpunkt der aktuellen Erhebung waren viele Fragen rund um Verteilung, langfristige Unterbringung und Integration der Flüchtlinge noch ungeklärt. Dennoch wurden die Befragten im IB aufgefordert, ein Zwischenfazit zu ziehen und die Lage in ihrem Wohnort zu beurteilen. Aus den Daten geht hervor: Die meisten Befragten sind mit der Arbeit ihrer Kommunen "voll und ganz zufrieden" bzw. "eher zufrieden" (ohne Abb.). Insgesamt stellen Personen ohne wie mit Migrationshintergrund den Behörden in diesem Bereich ein gutes Zeugnis aus (rund 71 % bzw. rund 70 %). Deutliche Unterschiede zeigen sich hier interessanterweise nach Regionen: Im Süden wird die Arbeit der Kommunen besser beurteilt (Abb. 10). Die Mehrheitsbevölkerung in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland insgesamt ist mit der Arbeit der eigenen Kommune im Durchschnitt zu gut 79 Prozent zufrieden. Die Bevöl-

¹⁹ Angela Merkel forderte im August 2015 sogar ausdrücklich dazu auf, bei der Unterbringung der Flüchtlinge neben "deutscher Gründlichkeit" auch Flexibilität zu zeigen (vgl. Süddeutsche vom 31.08.2015, online unter: www.sueddeutsche.de/politik/angelamerkel-deutschland-ist-ein-land-der-hoffnung-1.2628500, 01.06.2018).

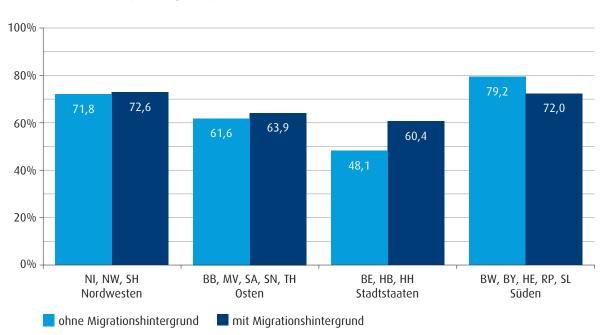


Abb. 10 Anteile der Personen, die mit der Arbeit der Kommunen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise zufrieden sind (nach Regionen)

kerung mit Migrationshintergrund liegt allerdings mit 72,0 Prozent deutlich unter diesem Wert (und nahe am Bundesdurchschnitt). Diese südlicheren Bundesländer und die Stadtstaaten zeichnen sich dadurch aus, dass die Meinungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund dort signifikant voneinander abweichen. Bei den beiden anderen Regionenclustern, Nordwesten und Osten, zeigen sich in dieser Frage keine nennenswerten Unterschiede zwischen Mehrheitsund Zuwanderungsbevölkerung. In den ostdeutschen Flächenstaaten (Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern) liegt die Bewertung der Behörden insgesamt unter dem Durchschnitt. Noch unzufriedener mit der Leistung der Kommunen zeigen sich die Befragten in den Stadtstaaten. Das gilt besonders für jene ohne Migrationshintergrund. Die Bewertung der Zuwanderungsbevölkerung ist deutlich besser, wenn sie auch immer noch unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Innerhalb der Stadtstaaten wird die Arbeit der Behörden in Berlin deutlich schlechter bewertet als beispielsweise in Hamburg.

Die regionalen Unterschiede werden allerdings davon überlagert, wie stark die jeweilige Region verstädtert ist. Je ländlicher das Gebiet ist, in dem die Befragten wohnen, desto besser werden die Kommunen bewertet. Dies gilt für die Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund, aber bei Letzterer sind die Stadt-Land-Unterschiede deutlich geringer. Unterteilt man das Bundesgebiet in drei Urbanitätsgrade – ländliche Gebiete, mittel- oder randstädtische Ausprägung und Ballungsräume –, zeigt sich: In Ballungsräumen sind rund 61 Prozent der Mehrheitsbevölkerung mit der Arbeit der Kommunen zufrieden, in ländlichen Gebieten sind es dagegen rund 82 Prozent (Abb. 11).²⁰

Betrachtet man die Ballungsräume Deutschlands ohne die Stadtstaaten – die ebenfalls zu den Ballungsräumen zählen –, steigt der Anteil der Zufriedenen: Er beträgt dann rund 64 Prozent aufseiten der Mehrheitsbevölkerung und rund 71 Prozent bei der Zuwanderungsbevölkerung. Insgesamt könnte die pessimistischere Einschätzung in verstädterten Räumen damit zusammenhängen, dass es dort für die Kommunen

²⁰ Bei der Unterteilung der Siedlungsfläche wurden die BIK-Größenklassen zugrunde gelegt. Für eine Beschreibung der Methodik s. www.bik-gmbh.de.

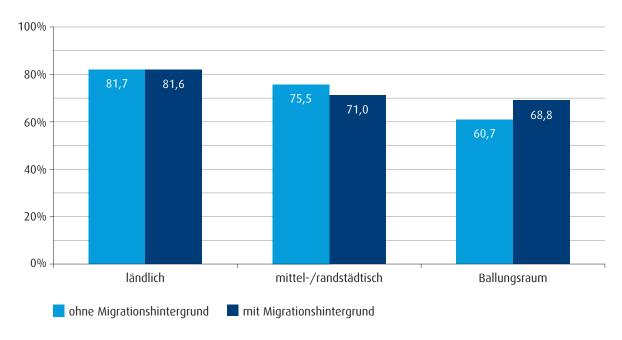


Abb. 11 Anteile von Personen, die mit der Arbeit der Kommunen bei der Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung zufrieden sind (nach Urbanitätsgrad)

deutlich schwieriger war, für die Flüchtlinge Wohnraum bereitzustellen, weil die Wohnungsmärkte dort i. d. R. ohnehin schon angespannt sind. Die schlechtere Bewertung bedeutet also nicht zwingend, dass die Kommunen in den Großstädten weniger effizient gearbeitet haben (oder weniger flexibel waren). Möglich ist auch, dass die Flüchtlingsunterkünfte in städtischen Gebieten sichtbarer sind und die Befragten dort die Bedingungen der Unterbringung direkter mitbekommen.

3.3 Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/ Aussiedler: Woher kommt die Skepsis in Bezug auf Flüchtlinge?

Bei den Ergebnissen zu Flüchtlingen fällt besonders ein Muster auf: die vergleichsweise hohe Skepsis der Spät-/Ausgesiedelten im Hinblick auf Flüchtlinge. Womit hängt diese negative Einschätzung zusammen und was bedeutet sie zukünftig für das Integrationsland Deutschland?

Spät-/Ausgesiedelte gelten allgemein als strukturell gut integriert: Ihre Arbeitsmarktbeteiligung ist hoch, die Einkommen liegen im mittleren Bereich (vgl. Worbs et al. 2013). Das Bildungsniveau entspricht in etwa dem der Mehrheitsbevölkerung – es gibt etwas weniger Akademiker und Akademikerinnen, dafür mehr Personen mit mittleren Abschlüssen. Der Großteil dieser Herkunftsgruppe lebt – wie die meisten Zuwanderer und Zuwanderinnen – in den westdeutschen Bundesländern und hier vor allem in kleinen bis mittleren Städten. Seit den 1950er Jahren sind etwa 4,5 Millionen Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler eingewandert; aufgrund von Weiterwanderungen und Sterbefällen leben in Deutschland zurzeit noch etwa 2,9 Millionen (Statistisches Bundesamt 2018).²¹ Heute besteht diese Gruppe überwiegend aus Menschen, die aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zugewandert sind. Von dort

²¹ Die Zahlen zu den eingereisten Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern stammen vom Bundesverwaltungsamt, das die Aufnahmeverfahren durchführt. Die Angaben zu den heute in Deutschland lebenden Deutschstämmigen basieren auf dem Mikrozensus, einer Stichprobenerhebung von einem Prozent aller Haushalte in Deutschland, die das Statistische Bundesamt koordiniert.

100% 80% 60% 63,2 62,3 40% 46,9 38,0 35,6 20% 22,3 0% bis 15 Jahre 16-20 Jahre 21-25 Jahre 26-30 Jahre mehr als 30 Jahre 2. Generation

Abb. 12 Anteile von Spät-/Ausgesiedelten, die in Flüchtlingen eine Bedrohung für den Wohlstand sehen (nach Aufenthaltsdauer)

sind seit 1990 etwas über 2,1 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen.²²

Wie eine Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zeigt, sind die meisten Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler noch stark von der Sozialisation im Herkunftsland geprägt (Worbs et al. 2013). Tatsächlich zeigt eine Analyse der flüchtlingsrelevanten Fragen, die in den vorigen Kapiteln behandelt wurden, dass die abweichenden Einstellungen dieser Gruppe weder mit dem Bildungsstand noch mit anderen sozioökonomischen Faktoren zu erklären sind. Stattdessen sind herkunftsländerspezifische Effekte festzustellen: Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler, die aus Russland oder Polen zugewandert sind, meinen zu jeweils etwa 50 Prozent, dass Flüchtlinge den wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland bedrohen. Bei Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Kasachstan sind es mit rund 64 Prozent noch mehr. Von ienen, die aus den verbleibenden Herkunftsländern zugewandert sind, sehen im Durchschnitt nur 38 Prozent den Wohlstand durch Flüchtlinge bedroht.

Der 2016 veröffentlichte *Refugees Welcome Survey*, der die Haltungen zu Flüchtlingen in insgesamt

27 Ländern erhoben hat (Amnesty International 2016), bietet einen Ansatzpunkt dafür, welche Einstellungen in den Herkunftsländern vorherrschen. Die Autorinnen erstellen darin einen Refugees Welcome Index. Dieser bildet auf einer Skala von 0 bis 100 die Bereitschaft der Befragten ab, Flüchtlinge aufzunehmen – in ihrem Land, in der eigenen Heimatstadt, in der Nachbarschaft oder im eigenen Zuhause. Ein Wert von 0 steht für die grundsätzliche Weigerung, Flüchtlingen Zugang zum eigenen Land zu gewähren. Bei einem Wert von 100 würden die Befragten Flüchtlinge auch bei sich zu Hause aufnehmen. Leider gehörte Kasachstan nicht zu den Teilnahmeländern. Deutschland hatte einen Wert von 84 und wurde nur noch von China (85 Punkte) übertroffen. Polen kam nur auf 36 Punkte; am Ende der Skala stand Russland mit 18 Punkten (Amnesty International 2016: 12).

Wie die Daten des SVR-Integrationsbarometers 2018 zeigen, ändern sich die aus den Herkunftsländern mitgebrachten Ansichten mit der Dauer des Aufenthalts signifikant. Dies gilt für Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler insgesamt, wie eine Aufschlüsselung nach Aufenthaltsdauer zeigt. Beispielhaft lässt

²² Weitere wichtige Herkunftsländer sind Polen mit etwas weniger als 210.000 und Rumänien mit etwa 190.000 Zuwanderern und Zuwanderinnen (jeweils seit 1990).

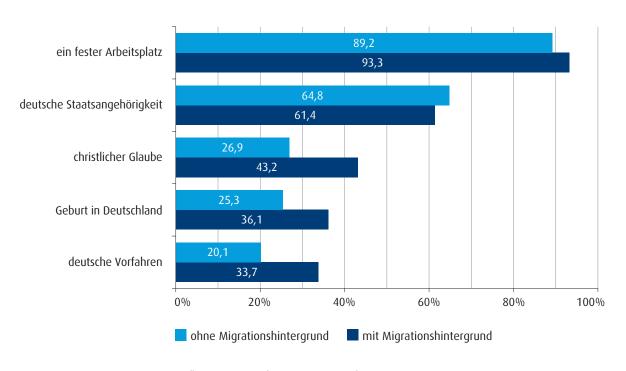


Abb. 13 Anteile der Befragten, für die die aufgeführten Kriterien sehr oder eher wichtig sind, um zur Gesellschaft in Deutschland dazuzugehören (nach Migrationshintergrund)

sich dies an der Frage zeigen, ob Flüchtlinge den Wohlstand in Deutschland gefährden: Spät-/Ausgesiedelte, die weniger als 15 Jahre in Deutschland leben, sehen hier zu gut 63 Prozent eine Bedrohung (Abb. 12). Bei einer Aufenthaltsdauer von 26 Jahren und mehr fällt dieser Anteil auf unter 40 Prozent. Warum die Bedrohungswahrnehmung unter denjenigen mit einer Aufenthaltsdauer von 21 bis 25 Jahren hingegen deutlich höher ausfällt, lässt sich auf der Basis der quantitativen Daten nicht erklären. Deutlich wird jedoch, dass sich die Wahrnehmungsmuster im Zeitverlauf zunehmend denen der Mehrheitsbevölkerung annähern.

4 Der Weg in die multikulturelle Leistungsgesellschaft: auf die Leistung (der Eltern) kommt es an

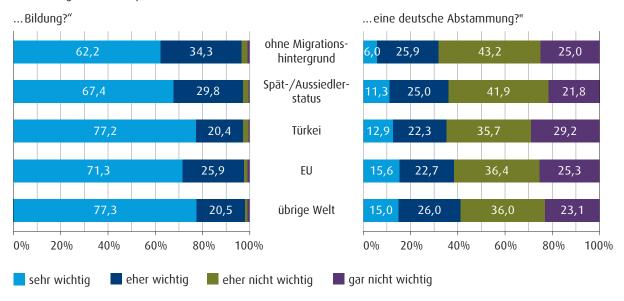
Das letzte SVR-Integrationsbarometer hatte gezeigt: Unabhängig von ihrer Herkunft meinen die Befragten, dass für die Zugehörigkeit zu Deutschland askriptive Merkmale wie Religion, Geburtsort oder Abstammung (d. h. solche, die nicht erworben werden können) kaum eine Rolle spielten (vgl. SVR 2016). Zustimmung fanden dagegen Leistungskriterien wie die Arbeitsmarktintegration (Abb. 13).

In Anlehnung an diese Kriterien von Zugehörigkeit wurde 2017/18 in leicht abgewandelter Form danach gefragt, welche Kriterien für gesellschaftlichen Aufstieg und Erfolg wichtig sind. Dabei wurden verschiedene Aspekte herangezogen: Neben Bildung – dem klassischen Vehikel für sozialen Aufstieg – wurden als Kriterien Intelligenz/Begabung, der soziale Hintergrund und deutsche Vorfahren abgefragt.

Dass eine deutsche Abstammung den gesellschaftlichen Erfolg beeinflusst, meint in allen Herkunftsgruppen nur eine deutliche Minderheit (Abb. 14) – das ist wenig überraschend. Stattdessen sieht eine große Mehrheit der Befragten als wichtige Kriterien für gesellschaftlichen Erfolg persönliche Leistungsressourcen wie Intelligenz und Begabung sowie Bildungsabschlüsse (Abb. 15). Dieser 'meritokratische Wein' wird allerdings dadurch 'verwässert', dass viele den eigenen gesellschaftlichen Erfolg auch an den Beruf der Eltern

Abb. 14 Kriterien für Erfolg: Bildung, deutsche Abstammung (nach Herkunftsgruppen der Befragten)

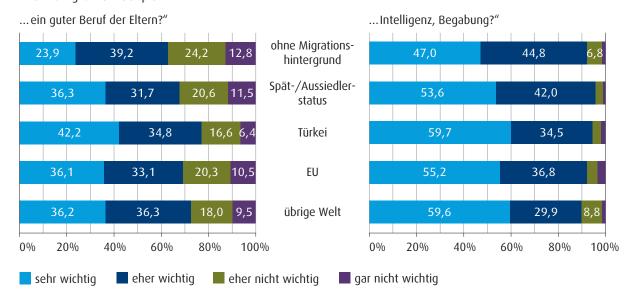
"Von welchen Faktoren hängt es tatsächlich ab, ob jemand in unserer Gesellschaft Erfolg hat? Wie wichtig ist zum Beispiel…



Anmerkung: Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen. Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

Abb. 15 Kriterien für Erfolg: soziale Herkunft, Intelligenz und Begabung (nach Herkunftsgruppen der Befragten)

"Von welchen Faktoren hängt es tatsächlich ab, ob jemand in unserer Gesellschaft Erfolg hat? Wie wichtig ist zum Beispiel…



Anmerkung: Anteile unter 5 Prozent sind nicht ausgewiesen. Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

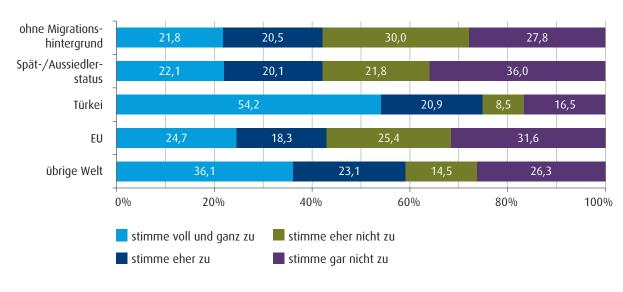


Abb. 16 "Eine muslimische Lehrerin sollte im Unterricht ein Kopftuch tragen dürfen." (nach Herkunftsgruppen der Befragten)

gekoppelt sehen: Diesen bewerten in allen Herkunftsgruppen über 60 Prozent der Befragten als wichtigen Erfolgsfaktor. Die soziale Herkunft ist von allen als wichtig bewerteten Kriterien das einzige, das nicht mit den eigenen Leistungsressourcen zusammenhängt.²³

5 Kopftuch in Schulen und Behörden: Betroffene stimmen zu, Nichtmuslime sind zurückhaltend

Seit vielen Jahren geht es in integrationspolitischen Diskussionen nicht zuletzt um die "Kopftuch-Frage". Manche muslimische Frauen fordern, dass sie auch als Beschäftigte im öffentlichen Dienst – z. B. als Lehrerin – ein Kopftuch tragen dürfen. Sie berufen sich dabei auf die Religionsfreiheit: Mit dem Kopftuch wollen sie das Verhüllungsgebot befolgen, das zumindest einige muslimische Rechtsgelehrte als religiöse Notwendigkeit betrachten. Im Integrationsbarometer wurde nun danach gefragt, wie mit diesem Wunsch umzugehen ist.

Das Antwortverhalten ist hier stark von der Religionszugehörigkeit bestimmt. Personengruppen mit

einem geringen Anteil an Muslimen – für die das Kopftuch als Ausdruck der Religionszugehörigkeit also keine persönliche Bedeutung hat - lehnen es mehrheitlich ab, Lehrerinnen das Kopftuch zu gestatten. Unterstützt wird dies dagegen von den türkeistämmigen Befragten, die im Integrationsbarometer 2018 zu 85 Prozent Muslime sind, und den Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der "übrigen Welt", bei denen der Anteil der Muslime immerhin noch ein Drittel beträgt (Abb. 16). Von den muslimischen Befragten sind unabhängig von der Herkunft rund 80 Prozent dafür, das Tragen des Kopftuchs in Schulen zu gestatten. Skeptischer sind christliche Befragte mit Migrationshintergrund: Nur rund 41 Prozent sprechen sich für das Kopftuch in Schulen aus. Zuwanderinnen und Zuwanderer ohne Religionszugehörigkeit sind in der Frage gespalten: Sie stimmen mit jeweils 50 Prozent dafür und

Die Schule wird nicht als eine x-beliebige staatliche Institution gesehen. Vielmehr steht sie durch den ihr zugeschriebenen Bildungs- und Erziehungsauftrag unter besonderer Beobachtung der Eltern. Dies zeigt sich darin, dass das Kopftuch in Behörden allgemein we-

²³ Die Einschätzung der Bevölkerung entspricht in diesem Punkt den Ergebnissen der Bildungsforschung: Diese zeigt, dass Bildungserfolg in Deutschland erheblich (und durchaus stärker als in anderen OECD-Ländern) vom Elternhaus abhängt.

Abb. 17 "Eine muslimische Mitarbeiterin einer Behörde, z. B. im Einwohnermeldeamt, sollte bei der Arbeit ein Kopftuch tragen dürfen." (nach Herkunftsgruppen der Befragten)

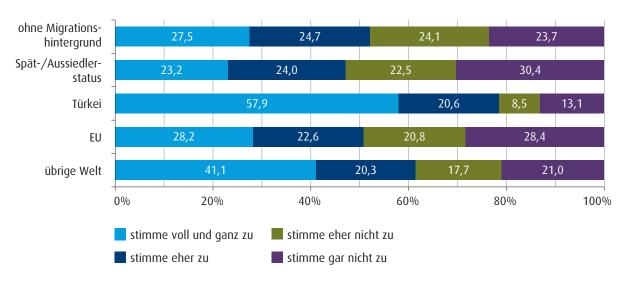
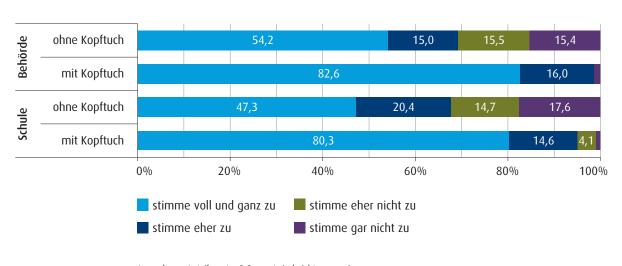


Abb. 18 Kopftuch in Schulen und Behörden aus der Sicht muslimischer Frauen (mit und ohne Kopftuch)

Eine muslimische Lehrerin bzw. Mitarbeiterin in einer Behörde sollte bei der Arbeit ein Kopftuch tragen dürfen.



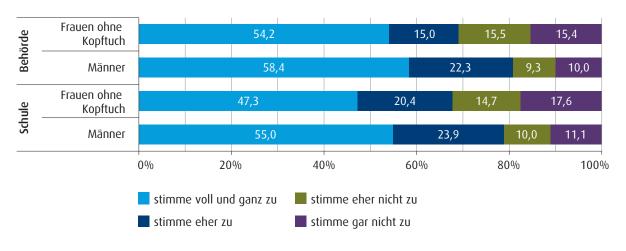
Anmerkung: Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen. Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

niger skeptisch gesehen wird (Abb. 17). Zustimmung und Ablehnung halten sich hier die Waage; von den Türkeistämmigen und den Befragten aus der "übrigen Welt" – also den Gruppen mit einem hohen Anteil an Muslimen – wird eine Kopftuchgestattung mehrheitlich unterstützt.

Zusätzlich wurden im Rahmen des SVR-Integrationsbarometers 2018 alle Frauen, die sich dem Islam zugehörig fühlen, gefragt, ob sie in der Öffentlichkeit ein Kopftuch tragen. Von den etwas unter 800 interviewten Muslimas mit Migrationshintergrund bestätigen dies rund 29 Prozent. Wertet man die oben

Abb. 19 Kopftuch in Schulen und Behörden aus der Sicht muslimischer Frauen ohne Kopftuch und muslimischer Männer

Eine muslimische Lehrerin bzw. Mitarbeiterin in einer Behörde sollte bei der Arbeit ein Kopftuch tragen dürfen.



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

gestellten Fragen nun für kopftuchtragende Muslimas und Muslimas ohne Kopftuch getrennt aus, zeigen sich deutliche Unterschiede (Abb. 18): Die kopftuchtragenden Frauen sind – wenig überraschend – zu 95 bzw. zu fast 100 Prozent dafür, muslimischen Lehrerinnen und Beschäftigten in Behörden das Kopftuch zu erlauben. Von den Muslimas, die selbst kein Kopftuch tragen, tun das dagegen nur gut zwei Drittel.

Damit sind Muslimas, die selbst kein Kopftuch tragen, deutlich seltener als muslimische Männer dafür, das Kopftuch im Schuldienst und bei Behördentätigkeiten zu gestatten (Abb. 19): Die muslimischen Männer befürworten dies zu rund 79 bzw. 81 Prozent.

6 Fazit

Die erste bundesweite Erhebung für das SVR-Integrationsbarometer 2016 hatte gezeigt, welche Faktoren das Integrationsklima beeinflussen. Das SVR-Integrationsbarometer 2018 kann nun Veränderungen in den Integrationswahrnehmungen erfassen. Einerseits bestätigt es erneut: Das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft wird überwiegend positiv gesehen, und sofern es persönlich erlebt wird, ist es erstaunlich stabil. Andererseits hat sich das Integrati-

onsklima in den letzten zwei Jahren dort eingetrübt, wo die Menschen die Einwanderungsgesellschaft im Alltag nicht selbst erleben: Das gilt für die Befragten ohne Migrationshintergrund, die selbst wenig oder gar keinen Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund haben. Wenn die persönliche Begegnung mit dem Integrationsalltag fehlt, wird das Meinungsbild stärker von Medien und Dritten geprägt, und wie das Barometer zeigt, ist es dann weniger stabil. Bei den Menschen mit Migrationshintergrund hat sich die Wahrnehmung des Integrationsklimas hingegen nicht stark verändert. Manche Einschätzungen haben sich verschoben; es bleibt abzuwarten, ob sich diese Tendenzen verfestigen. Das wird die nächste Auflage des Integrationsbarometers beantworten.

Deutschland steht nun vor der Aufgabe, die neu zugereisten Flüchtlinge zu integrieren. Deshalb ist die Haltung der Einwanderungsgesellschaft zu dieser Gruppe sehr wichtig. Wie die Daten zeigen, sind die Einstellungen überwiegend positiv. Vergleicht man die Wahrnehmung der kürzlich Zugereisten mit der früherer Zuwanderungskohorten, ist zudem anzunehmen, dass sich das Bild der Flüchtlinge künftig noch verbessern und damit auch die Akzeptanz steigen wird. Zu der insgesamt positiven Bilanz haben sicherlich auch die Kommunen beigetragen. Deren Arbeit im Zusammen-

hang mit der Aufnahme, Unterbringung und Verteilung der Flüchtlinge wird überwiegend positiv bewertet. Die Menschen in den Ballungsräumen sind damit allerdings weniger zufrieden. Es bleibt abzuwarten, ob dies das Zusammenleben stören wird. Die Befragten sind dafür, weiter Flüchtlinge aufzunehmen. Das soll aber unter geordneten Verhältnissen geschehen: Die Mehrheit ist dafür, den Zuzug im Umfang zu begrenzen.

Sehr wichtig für den sozialen Zusammenhalt ist das Narrativ einer leistungsorientierten Gesellschaft, in der die Herkunft keine Rolle spielt und alle Menschen die gleichen Chancen auf Teilhabe und Erfolg haben. Das SVR-Integrationsbarometer 2018 zeigt: Nach Ansicht der Befragten spielt die ethnische Herkunft für gesellschaftlichen Erfolg in Deutschland tatsächlich nur eine Nebenrolle. Dieser positive Befund wird allerdings in einem Punkt eingeschränkt: Die soziale Lage der Herkunftsfamilie sehen die Befragten für Erfolg durchaus als wichtig an; dies wurde auch in anderen Studien oft empirisch

nachgewiesen und gilt für Angehörige der Mehrheitsbevölkerung gleichermaßen. Dass die soziale Herkunft weiterhin maßgeblich über den Erfolg in Bildung und Beruf mitentscheidet, stellt eine kontinuierliche Herausforderung für die Sozial- und Bildungspolitik dar.

Nicht zum ersten Mal befasst sich das aktuelle Integrationsbarometer auch mit der Akzeptanz des Islam. Im Zentrum steht hier die "Kopftuchfrage", ein Thema mit hohem Symbolwert. Die Auseinandersetzung darum und die Rechteabwägungen der Beteiligten können als natürliches Phänomen begriffen werden, wenn eine Gesellschaft immer vielfältiger wird. Solche Aushandlungen sollten von allen Beteiligten mit Augenmaß geführt werden. Sie werden auch noch einige Zeit andauern. Das zeigen auch die Daten des Integrationsbarometers: Die Meinungsbilder sind differenziert, die Mehrheiten schwanken je nach Bereich und vor allem nach Religionszugehörigkeit.

Literatur

Amnesty International 2016: Refugees Welcome Survey 2016. Views of Citizens Across 27 Countries. (https://www.amnestyusa.org/files/amnesty_refugees_welcome_survey_globescan_topline_report_may2016.pdf, 01.06.2018)

Bertelsmann Stiftung 2017: Willkommenskultur im "Stresstest". Einstellungen in der Bevölkerung 2017 und Entwicklungen und Trends seit 2011/12, Gütersloh.

DIW 2016: Flüchtlingszuwanderung: Mehrheit der Deutschen befürchtet negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft, in: DIW Wochenbericht, 8, 158–164.

Ehni, Ellen 2016: AfD würde drittstärkste Kraft. ARD-DeutschlandTrend vom 03.02.2016. (https://www. tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-475.html, 01.06.2018)

FAZ 2018: Amtsgericht weist Klage ab: Lehrerin darf nicht mit Kopftuch unterrichten. (http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/klage-abgewiesen-lehrerin-darf-nicht-mit-kopftuch-unterrichten-15582500. html, 01.06.2018)

Haller, Michael 2017: Die "Flüchtlingskrise" in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung (Hrsg.), Frankfurt am Main.

Jacobsen, Jannes/Eisnecker, Philipp/Schupp, Jürgen 2017: Stimmungsbarometer zu Geflüchteten. Rund ein Drittel der Menschen in Deutschland spendete 2016 für Geflüchtete, zehn Prozent halfen vor Ort – immer mehr äußern aber auch Sorgen, in: DIW Wochenbericht, 17, 347–358.

Jonas, Klaus 1998: Die Kontakthypothese: Abbau von Vorurteilen durch Kontakt mit Fremden, in: Oswald, Margit E./Steinvorth, Ulrich (Hrsg.): Die offene Gesellschaft und ihre Fremden, Bern, 129–154.

Lucassen, Leo 2005: The Immigrant Threat: The Integration of Old and New Migrants in Western Europe since 1850, Urbana/Chicago.

Pettigrew, Thomas F./Tropp, Linda R. 2006: A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory, in: Journal of Personality and Social Psychology, 90: 5, 751–783.

Pettigrew, Thomas F./Tropp, Linda R./Wagner, Ulrich/Christ, Oliver 2011: Recent Advances in Intergroup Contact Theory, in: International Journal of Intercultural Relations, 35: 3, 271–280.

Quillian, Lincoln 1995: Prejudice as a Response to Perceived Group Threat: Population Composition and Anti-Immigrant and Racial Prejudice in Europe, in: American Sociological Review, 60, 586–611.

Rosenblum, Marc R./Wayne, A. Cornelius 2012: Dimensions of Immigration Policy, in: Rosenblum, Marc R./Tichenor, Daniel J. (Hrsg.): The Oxford Handbook of the Politics of International Migration, Oxford/New York, 245–273.

Sola, Alessandro 2018: The 2015 Refugee Crisis in Germany: Concerns about Immigration and Populism. SOEPpapers 966 on Multidisciplinary Panel Data Research at DIW, Berlin.

Statistisches Bundesamt 2018: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Fachserie 1 Reihe 2.2: Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2017, Wiesbaden.

Stephan, Walter G./Ybarra, Oscar/Rios Morrison, Kimberly 2009: Intergroup Threat Theory, in: Nelson, Todd D. (Hrsg.): Handbook of Prejudice, Stereotyping, and Discrimination, New York/Hove, 43–59.

SVR 2014: Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland. Jahresgutachten 2014 mit Integrationsbarometer, Berlin.

SVR 2016: Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten 2016 mit Integrationsbarometer, Berlin.

SVR-Forschungsbereich 2016: Doppelt benachteiligt? Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem. Eine Expertise im Auftrag der Stiftung Mercator, Berlin.

UNHCR 2018: Regional Refugee & Resilience Plan 2018–2019: Turkey. (http://www.3rpsyriacrisis.org/wpcontent/uploads/2018/04/Turkey-country-chapter-18-January-2018-EN-compressed.pdf, 01.06.2018)

Weins, Cornelia 2011: Gruppenbedrohung oder Kontakt? Ausländeranteile, Arbeitslosigkeit und Vorurteile in Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 63: 48, 481–499.

Worbs, Susanne/Bund, Eva/Kohls, Martin/Babka von Gostomski, Christian 2013: (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. Forschungsbericht 20 des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.

Zick, Andreas 2010: Psychologie der Akkulturation. Neufassung eines Forschungsbereiches, Wiesbaden.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	SVR-Integrationsklima-Index (IKI) 2015 und 2017/18 (nach Herkunftsgruppen der Befragten)	8
Abb. 2	Integrationsklima in den Teilbereichen 2017/18 (nach Herkunftsgruppen der Befragten)	9
Abb. 3	Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung nach Bundesländern	13
Abb. 4	Gegenüberstellung von Flüchtlingen und früheren Zuwandererkohorten: Kriminalität (nach Herkunftsgruppen der Befragten)	14
Abb. 5	Gegenüberstellung von Flüchtlingen und früheren Zuwandererkohorten:	10
Abb. 6	kulturelle Bereicherung (nach Herkunftsgruppen der Befragten)	15 16
Abb. 7	Anzahl von Flüchtlingen: Bedrohung für den Wohlstand 2015 und 2017/18 (nach Herkunftsgruppen der Befragten)	16
Abb. 8	"Auch wenn andere EU-Länder keine Flüchtlinge hineinlassen wollen, sollte Deutschland weiterhin Flüchtlinge aufnehmen." (nach Herkunftsgruppen der Befragten)	17
Abb. 9	"Die Höhe der Asylzuwanderung wird durch das Gesetz nicht begrenzt. Dies sollte geändert und eine Obergrenze für Flüchtlinge eingeführt werden." (nach Herkunftsgruppen der Befragten)	18
Abb. 10	Anteile der Personen, die mit der Arbeit der Kommunen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise zufrieden sind (nach Regionen)	19
Abb. 11	Anteile von Personen, die mit der Arbeit der Kommunen bei der Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung zufrieden sind (nach Urbanitätsgrad)	20
Abb. 12	Anteile von Spät-/Ausgesiedelten, die in Flüchtlingen eine Bedrohung für den Wohlstand sehen (nach Aufenthaltsdauer)	21
Abb. 13	Anteile der Befragten, für die die aufgeführten Kriterien sehr oder eher wichtig sind, um zur Gesellschaft in Deutschland dazuzugehören (nach Migrationshintergrund)	22
Abb. 14	Kriterien für Erfolg: Bildung, deutsche Abstammung (nach Herkunftsgruppen der Befragten)	23
Abb. 15	Kriterien für Erfolg: soziale Herkunft, Intelligenz und Begabung (nach Herkunftsgruppen der Befragten)	23
Abb. 16	"Eine muslimische Lehrerin sollte im Unterricht ein Kopftuch tragen dürfen." (nach Herkunftsgruppen der Befragten)	24
Abb. 17	"Eine muslimische Mitarbeiterin einer Behörde, z.B. im Einwohnermeldeamt, sollte bei der Arbeit ein Kopftuch tragen dürfen." (nach Herkunftsgruppen der Befragten)	25
Abb. 18	Kopftuch in Schulen und Behörden aus der Sicht muslimischer Frauen (mit und ohne Kopftuch)	25
Abb. 19	Kopftuch in Schulen und Behörden aus der Sicht muslimischer Frauen ohne Kopftuch und muslimischer Männer	26
Tabeller	nverzeichnis	
Tab. 1	Integrationsklima-Index der Befragten ohne Migrationshintergrund 2017/18 nach Häufigkeit des Kontakts zu kultureller Vielfalt im Freundes- und Bekanntenkreis	12
Verzeich	nnis der Info-Boxen	
Info-Rox	1 Methodische Anmerkungen zum SVR-Integrationsbarometer	-

Impressum

SVR-Bericht 2018-1

Herausgeber

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH Neue Promenade 6 10178 Berlin

Tel.: 030/288 86 59-0 Fax: 030/288 86 59-11 info@svr-migration.de www.svr-migration.de

Verantwortlich

Dr. Cornelia Schu

Gestaltung

KALUZA+SCHMID Studio GmbH

Druck

Königsdruck Printmedien und digitale Dienste GmbH

© SVR GmbH, Berlin 2018

ISSN 2512-0131

Über den Sachverständigenrat

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration geht auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung zurück. Ihr gehören sieben Stiftungen an. Neben der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung sind dies: Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband und Vodafone Stiftung Deutschland.

Der Sachverständigenrat ist ein unabhängiges und interdisziplinär besetztes Expertengremium, das zu integrations- und migrationspolitischen Themen Stellung bezieht und handlungsorientierte Politikberatung anbietet.

Die Ergebnisse seiner Arbeit werden in einem Jahresgutachten veröffentlicht.

Dem SVR gehören neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen und Forschungsrichtungen an: Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vorsitzender), Prof. Dr. Hacı Halil Uslucan (Stellvertretender Vorsitzender), Prof. Dr. Petra Bendel, Prof. Dr. Claudia Diehl, Prof. Dr. Viola B. Georgi, Prof. Dr. Christian Joppke, Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger, Prof. Dr. Daniel Thym und Prof. Dr. Hans Vorländer.

Weitere Informationen unter: www.svr-migration.de